



DPoIG: Senat straft Polizei ab

Doppelhaushalt 2013/14: Wortbruch des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz – Massive Kürzung der Personalkosten bei der Polizei – Keine zusätzlichen Beförderungen – Senat will Drucksache zum Laufbahnverlaufsmodell aus 2007 ersatzlos kassieren

Tief versteckt im Entwurf zum Doppelhaushalt 2013/14 und nur für Fachleute verständlich lesbar, offenbart sich eine massive, vom Senat beabsichtigte, Sparverpflichtung für die Hamburger Polizei. Hinsichtlich der Personalkosten bei der Polizei weist der Haushaltsentwurf der Finanzbehörde unter anderem aus:

„Die Personalkosten ab 2013 ff. sind das Ergebnis folgender Sparverpflichtungen:

- > Berücksichtigung von Vakanzen bei der Veranschlagung im Polizeivollzug (zwei Prozent) und im Verwaltungsbereich (fünf Prozent)
- > Kein Einkalkulieren der erwarteten zusätzlichen Kosten des bestehenden Laufbahnverlaufsmodells“

Diese Passagen bedeuten im Klartext, dass die Polizei verpflichtet wird, zwei Prozent des vorhandenen Stellenbestandes freizuhalten (Schaf-

fung von Vakanzen), also freigewordene Stellen durch Ruhestand, Kündigung oder Umstrukturierung nicht wieder zu besetzen. Aktuell würde diese Wiederbesetzungssperre im Polizeivollzug 154 Stellen betreffen und ein Einsparvolu-



> Joachim Lenders

men von jährlich rund 7,7 Millionen Euro ergeben.

Des Weiteren beabsichtigt der Hamburger Senat, die für zusätzliche Beförderungen einkalkulierten Finanzmittel zu streichen. Diese zusätzlichen Beförderungen ergeben sich aus der Drucksache 18/6273 vom 22. Mai 2007. Mit dieser – einstimmig von der Hamburger Bürgerschaft beschlossenen – Drucksache, wurde das Laufbahnverlaufsmodell finanziell bis 2027 abgesichert. In diesem Jahr standen 3,9 Millionen Euro für das Laufbahnverlaufsmodell zur Verfügung. Die ersatzlose Streichung dieser Gelder hat katastrophale Auswirkungen für die Beförderungssituation bei der Ham-

burger Polizei. Beförderungen können dann nur noch nach der Maßgabe freier Stellen, beispielsweise durch Ruhestand erfolgen und auch nur dann, wenn diese Stellen nicht der Wiederbesetzungssperre unterliegen.

Dazu Joachim Lenders, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG): „Diese massiven und in ihren katastrophalen Auswirkungen völlig inakzeptablen Sparverpflichtungen, sind nichts anderes, als die in Zahlen manifestierte Illoyalität des Senats gegenüber meinen Kolleginnen und Kollegen. Hamburgs Polizistinnen und Polizisten werden wieder einmal vorgeführt. Der Erste Bürgermeister Olaf Scholz, Finanzsenator Peter Tschentscher und Innensenator Michael Neumann (alle SPD) haben mehrfach öffentlich den Polizeivollzug zum Schonbereich erklärt und Stellenstreichungen ausgeschlos-

sen. Stellen werden nicht gestrichen, das wäre dann wenigstens ehrlich, nein, Stellen werden einfach nicht wiederbesetzt. Durch den Wegfall des Laufbahnverlaufsmodells und den daraus resultierenden Mitteln, werden Polizisten wieder zu Bittstellern der Politik degradiert. Ich frage mich, ob die Hamburger SPD in ihrem Verhältnis zur Polizei und damit zur inneren Sicherheit in dieser Stadt, wieder dort angekommen ist, wo sie 2001 aufgehört hat? Ich appelliere eindringlich an die Bürgerschaftsabgeordneten aller Fraktionen, diesen Sparverpflichtungen für die Polizei eine Abfuhr zu erteilen.“

Diese Sparverpflichtungen sind in ihrer Dimension und den damit verbundenen sozialen Folgen für unsere Kolleginnen und Kollegen, nur mit der Abschaffung der Freien Heilfürsorge im Jahre 2005 vergleichbar! „Bemerkenswert ist erneut die Rolle von Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch, der für die Polizei am Verhandlungstisch mit der Finanzbehörde saß, um die Interessen der Polizei und damit meiner Kolleginnen und Kollegen zu wahren. Offensichtlich waren die Argumente des Polizeipräsidenten nicht besonders hilfreich und durchschlagend. Erneut stellt sich die Frage, ob wir einen Polizeipräsidenten brauchen“, so Joachim Lenders weiter.

Der Landesvorstand

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Ivonne Kussmann,
Andy Metzlauff, Frank Riebow,
Heiko Vierling, DPoIG Hamburg
ISSN 0723-2230





DPoIG-Landesvorstand im Gespräch mit MdHB Arno Münster

Innenpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion zu Gast bei der **DPoIG**

Am 8. August trafen sich der Landesvorstand der **DPoIG Hamburg** und der innenpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, MdHB Arno Münster, zu einem Arbeitsgespräch in der Landesgeschäftsstelle.

Der Landesvorstand der **DPoIG Hamburg**, vertreten durch den Ersten stellvertretenden Lan-

desvorsitzenden Thomas Jungfer und die stellvertretenden Landesvorsitzenden Freddi Lohse, Klaus Vöge und Klemens Burzlaff, erörterten in dem zweistündigen Gespräch unter anderem die wichtigen Themen: Novellierung des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes (HmbPersVG), ProMod 2012 und Heilfürsorge.



> Klemens Burzlaff, Freddi Lohse, Klaus Vöge, Thomas Jungfer und MdHB Arno Münster beim Gespräch in der Landesgeschäftsstelle (von links).

Gerade bei dem, den Kolleginnen und Kollegen unter den Nägeln brennenden Thema, Wiedereinführung der Heilfürsorge bei der Polizei und Feuerwehr für alle (!), zeigte sich Arno Münster offen und sagte zu, das Gespräch mit Innensenator Michael Neumann (SPD) zu suchen, um eine klare Aussage zu bekommen. Hier müssen endlich Fakten geschaffen werden und eine Aussage, ob positiv oder negativ, sei seit Langem überfällig.

Bei der umfassenden Thematik Neuorganisation der Polizei Hamburg (ProMod 2012) informierte sich Münster über die Auffassung der **DPoIG Hamburg**. Hier wurden durch den Landesvorstand die bereits angesprochenen Diskussionspunkte beim Gesprächstermin mit Senator Neumann wenige

Tage zuvor dargelegt und erörtert.

Ein Vorschlag zur (positiven) Veränderung des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes, eingebracht als Drucksache durch die SPD-Bürgerschaftsfraktion an den Senat, verläuft bisher sehr schleppend. Zwar finden zurzeit Gespräche zwischen dem Senatsamt und den Spitzenorganisationen dbb hamburg und DGB statt, doch ist eine Einigung bei strittigen Punkten derzeit nicht in Sicht. Arno Münster, der auch Betriebsratsvorsitzender der HHLA ist, sagte zu, sich im Sinne der Mitarbeiter zu engagieren. Die **DPoIG Hamburg** erwartet, dass Arno Münster jetzt handelt und mit den Verantwortlichen im Senat zu positiven Ergebnissen kommen wird.

Der Landesvorstand



> Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion (im Bild ganz rechts) wurde durch den Landesvorstand über wichtige Themen und die Position der **DPoIG** informiert.

ZD 54: Neuer Sozialraum in der jüdischen Synagoge

Von Andy Metzloff, Fachbereich Verwaltung

Es ist geschafft! Am 31. Juli dieses Jahres wurde der neu gestaltete Bereitschaftsraum in der jüdischen Synagoge Hohe Weide an die Kolleginnen und Kollegen der ZD 54 übergeben.

In einer umfangreich durchgeführten Sanierung wurde aus einer alten, dunklen Unterkunft ein heller und freundlicher Aufenthaltsraum. Neu gestrichene Wände, ein neuer Fußboden sowie eine neue Küche und Möbel runden das Gesamtkonzept ab. In Zusammenarbeit mit einigen Kollegen der ZD 54, zum Beispiel bei der Farbauswahl, wurde diese Maßnahme umgesetzt. Insbesondere wollen wir hier den Kollegen Eva Ernst und Benno Keil, beide im Geschäftszimmer der ZD 54



> Freuen sich über den sanierten Bereitschaftsraum, AiP-Kollegen der ZD 54.

tätig, für ihre Hartnäckigkeit bei der Umsetzung der Umbauarbeiten danken. Die **DPoIG Hamburg** freut sich, dass eine unserer Forderungen erfüllt wurde und den Kolleginnen und Kollegen der ZD 54 nun ein angemessener Sozial- und Bereitschaftsraum zur Verfügung steht.



ProMod 2012: DPoIG bezieht Position beim Senator

Anfang August lud Innensenator Michael Neumann den **DPoIG**-Landesvorstand mit dem Ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden Thomas Jungfer und den stellvertretenden Landesvorsitzenden Freddi Lohse und Klemens Burzlaff zu einem Gespräch in die Innenbehörde ein. Senator Neumann nutzte diesen Termin, um den aktuellen Sachstand der geplanten Umorganisation der Polizei (ProMod 2012) zu diskutieren.

Thomas Jungfer machte dem Senator gegenüber noch einmal deutlich, dass die Informationspolitik und die Beteiligung der Gewerkschaften, des Personalrates, aber insbesondere der Kolleginnen und Kollegen desaströs seien. Wörtlich sagte er: „**Transparenz und Mitgestaltung, egal in welchen Bereichen, sieht anders aus. Eine Beteiligung durch den Polizeipräsidenten ist für die DPoIG Hamburg keine Hol-, sondern eine Bringschuld. Deshalb geht unser Lob an den Innensenator, der die Initiative in die Hand und die DPoIG mit an den Tisch geholt hat. Wichtig ist aber, dass im Ergebnis die örtliche Ebene gestärkt und der Vollzug damit entlastet wird. Solch eine Entwicklung ist derzeit noch nicht zu erkennen.**“

Zu den bekannten, aber inhaltlich nicht begründeten Entscheidungsvorlagen des Polizeipräsidenten, bezog die **DPoIG Hamburg** deutlich Stellung.



› Freddi Lohse, Senator Michael Neumann, Thomas Jungfer und Klemens Burzlaff in der Innenbehörde (von links).

Im Einzelnen sind dies unter anderem:

- › keine Klassifizierung von Polizeikommissariaten erster und zweiter Klasse
- › Beibehaltung der Zivilfahnder an den örtlichen Polizeikommissariaten
- › straßenverkehrsbehördliche Ansprechpartner für den Bürger an jedem Polizeikommissariat

- › keine Zersplitterung der Jugendschutzdienststellen auf acht Standorte
- › direkte Anbindung der Landesbereitschaftspolizei (LBP) an den Polizeipräsidenten

Nach Auffassung der **DPoIG Hamburg** muss die Weiterentwicklung einer bürgernahen Polizei im Vordergrund aller Überlegungen stehen. Deshalb ist es unter anderem unerlässlich,

an jedem Polizeikommissariat Ansprechpartner in straßenverkehrsbehördlichen Angelegenheiten zu gewährleisten. Eine regionale Anbindung des Jugendschutzes auf acht Standorte wird von der **DPoIG Hamburg** ebenso abgelehnt wie die Anbindung der Dienstgruppe „Fahndung“ an die „Bezirkspolizeikommissariate“. Innensenator Michael Neumann versicherte der **DPoIG Hamburg**, dass der Entscheidungsprozess noch nicht abgeschlossen sei. Weiter würden bis zu einem Ergebnis keine Personalentscheidungen getroffen. Zurzeit wird in der Polizei an den inhaltlichen Begründungen für die Entscheidungsvorlagen gearbeitet. Auf Grundlage dieser Vorlagen wird es einen weiteren Gesprächstermin zwischen Senator Michael Neumann und der **DPoIG Hamburg** geben. Wir werden weiter berichten!

Der Landesvorstand



› ProMod 2012 stand im Mittelpunkt des zweistündigen Informations- und Meinungsaustausches.



DPoIG-Position zur zweigeteilten Laufbahn

Zweigeteilte Laufbahn? Ja, aber richtig!



Die Einführung und konsequente Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei gehört seit vielen Jahren zu den gewerkschaftspolitischen Kernforderungen der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** in Bund und Ländern. Es ist eine der vornehmsten Aufgaben einer Polizeigewerkschaft, für die sozialen Interessen ihrer Mitglieder und aller anderen Kolleginnen und Kollegen einzutreten und unter anderem für eine gerechte Bewertung und Bezahlung des Polizeiberufes zu kämpfen. Gleiches gilt für die Beamtinnen und Beamten der Polizeiverwaltung und unsere tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Dieses naheliegende Selbstverständnis bedarf keiner weiteren Erörterung. Selbstverständlich hat sich auch die **DPoIG Hamburg** für die Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Hamburger Polizei ausgesprochen, zuletzt 2008 auf dem 23. Landeskongress der **DPoIG Hamburg** – dem höchsten Beschlussorgan unserer Gewerkschaft. Die **DPoIG Hamburg** hat dabei immer (!) die Einführung des „Funktions- und leistungsorientierten Laufbahnverlaufmodells (LVM)“ als bedeutsamen Zwischenschritt hin zu einer zweigeteilten Laufbahn bewertet. Das LVM ist „zerklagt“ worden! Das aktuelle Beför-

derungsmodell der Polizei bestätigt die Auffassung der **DPoIG**, dass die Klagen Einzelner ein System beendet haben, von dem die überwiegende Anzahl sowohl der Kolleginnen und Kollegen des mittleren, aber auch des gehobenen Dienstes profitiert haben beziehungsweise hätten. Wie wertvoll feste Verweilzeiten und planbare, regelmäßige Beförderungen für die große Masse der Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzuges waren und sind, wird jetzt augenfällig. Das LVM bei der Hamburger Polizei ist Geschichte.

➤ **Ist die Einführung der zweigeteilten Laufbahn die Alternative, die Zukunft? Ja, aber ...**

Egal wo sie ihren Dienst versehen, ob unmittelbar betroffen oder nicht, alle Polizistinnen und Polizisten kennen den Begriff der zweigeteilten Laufbahn. Was verbirgt sich aber genau unter dem Begriff zweigeteilte Laufbahn und – noch viel wichtiger – was bedeutet konkret die Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die Kolleginnen und Kollegen des mittleren und gehobenen Dienstes? Welche Voraussetzungen sind notwendig, um von einer „echten“ zweigeteilten Laufbahn zu sprechen? Was ist Makulatur? Ist die zweigeteilte Laufbahn im Bundesland „A“

gleichzusetzen mit der zweigeteilten Laufbahn im Bundesland „B“? Mitnichten!

➤ **„Plötzlich und unerwartet“ – ein Blick zurück**

„Auf Drängen der Polizeigewerkschaften gab die nordrhein-westfälische Landesregierung der Unternehmensberatung Kienbaum den Auftrag, die schutzpolizeiliche Arbeit hinsichtlich der Eingruppierung zu untersuchen. Im Sommer 1991 wurde dieses Gutachten vorgelegt (Kienbaum 1991). Es besagt unter anderem, dass die Einsatzerfordernisse auch des Streifenpolizisten so hoch und die Tätigkeiten so anspruchsvoll seien, dass die Regeltätigkeit der Polizei den Kriterien des gehobenen Dienstes entspreche. Dieses Urteil erschütterte die Polizeien. Einige Länder (Hessen, Niedersachsen, NRW) zogen die Konsequenz, den mittleren Dienst auslaufen zu lassen, nicht mehr für ihn auszubilden und dessen Angehörige auf verschiedene Weise in den gehobenen Dienst zu befördern (...).“ (Quelle: „Die Polizei(en) in Deutschland“, H. Groß, B. Frevel, C. Dams, VS-Verlag Wiesbaden 2008)

Kienbaum hat mit dem damaligen Gutachten festgestellt, was die Polizeigewerkschaften und die Kolleginnen und Kollegen bereits wussten, Polizeivollzugsdienst ist gehobener und höherer Dienst und be-

ginnt mit der Besoldungsgruppe A 9. Der mittlere Dienst eignet sich nur noch als Schautafel für das Polizeimuseum in der „Weißt-Du-noch-Abteilung?“

Zwischenzeitlich haben die Länderpolizeien Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland die zweigeteilte Laufbahn eingeführt. Dort wird nur noch für den gehobenen Dienst eingestellt – das war es dann aber auch an Gemeinsamkeiten.

➤ **Ländervergleich**

Positivbeispiel: Nordrhein-Westfalen

Die Einführung der zweigeteilten Laufbahn wird von der **DPoIG Nordrhein-Westfalen** als Erfolgsgeschichte bewertet. Entscheidend waren dabei die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Ressourcen und die konsequente Fortführung der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn durch die Politik – unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung der Landesregierung. Der mittlere Dienst ist faktisch nicht mehr vorhanden. Alle Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzugsdienstes gehen mindestens mit der Besoldungsgruppe A 11 ruhegehaltstfähig in Pension. Die durchschnittliche Verweilzeit A 9gD nach A 10 beträgt zehn Jahre, ähnliche Verweilzeiten



gibt es für die Beförderungen nach A 11 (beim LVM der Polizei Hamburg wären es vom PK zum PHK 15 Jahre gewesen).

Zweigeteilte Laufbahn Polizei NRW in Zahlen

Stellenentwicklung der Polizei Nordrhein-Westfalen (gehobener Polizeivollzugsdienst)

	1997	2007	2012
A 13	1.259	1.314	1.452
A 12	2.540	2.641	2.879
A 11	3.821	9.962	15.428
A 10	8.463	9.706	9.568
A 9	13.607	12.805	9.952

Der Haushalt von NRW weist aktuell für die Polizei einen Stellenbestand von 39.279 Stellen im gehobenen Polizeivollzugsdienst aus. Von diesem Stellenbestand sind allein 15.428 Stellen mit A 11 bewertet (39,28 Prozent). Diese Tatsache ist ein großer Erfolg für unsere Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus sind die Bewerberzahlen in NRW stabil. Als problematisch wird von den Kolleginnen und Kollegen die zu geringe Anzahl der vorhandenen A 12- und A 13 Stellen gesehen.

> Negativbeispiel: Niedersachsen

Völlig anders hingegen ist die Situation in Niedersachsen. Für viele Kolleginnen und Kollegen ist die zweigeteilte Laufbahn keine Erfolgsgeschichte. Ruhestand mit A 10 oder gar A 11 ist in Niedersachsen keine Selbstverständlichkeit. Durch den sogenannten A 11er-Erlass, der nur für bestimmte Dienstposten eine A 11-Bewertung festschreibt, bleibt das Erreichen der Besoldungsgruppe A 11 für die Masse der Kollegen aus dem mittleren Dienst unrealistisch.

„Die Beförderungsaussichten sind heute so schlecht wie nie

zuvor. Die Attraktivität der Polizei für potenzielle Einsteiger hat sich erheblich verschlechtert, wobei die zweigeteilte Laufbahn zur Steigerung der Attraktivität durchaus in der Lage gewesen wäre. (...) Der mittlere

Dienst wurde abgeschafft, aber die zu Beginn der 90er-Jahre geforderte beziehungsweise beabsichtigte Aufwertung für die Bediensteten der Polizei in Niedersachsen entsprechend des Grundsatzes der an der gesteigerten Qualifikation orientierten Besoldung ist genauso nicht eingetreten wie die beabsichtigte Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufes für die Nachwuchsgewinnung.“

(Quelle: „Die zweigeteilte Laufbahn“, Horst Graf, GdP Niedersachsen, Kreisgruppe Salzgitter)

Aber warum in die Ferne schweifen. Auch bei der Hamburger Polizei wurde die zweigeteilte Laufbahn erfolgreich umgesetzt – für unsere Kolle-



Polizei Hamburg in Zahlen (Stand: August 2012)

	Polizei (insgesamt)	davon mittlerer Dienst	A 7	A 8	A 9	A 9 mit Zulage
SCH	5.804	1.544	400	828	291	25
WS	484	115	18	63	33	1

ginnen und Kollegen der Kriminalpolizei. Hunderte Kriminalpolizistinnen und -polizisten wurden in den gehobenen Dienst übergeleitet. Viele dieser Kollegen sind beziehungsweise werden mit A 11 in den

zahlung des Polizeiberufes, ja zur zwingend notwendigen Steigerung der Berufsattraktivität. Aber, und das ist der entscheidende Punkt, die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Die Politik

Polizei Hamburg – gehobener Polizeivollzugsdienst – Stellen (Anzahl)

	SCH	K	WS	Gesamt
A 13	120	105	17	242
A 12	328	265	50	643
A 9/10/11	5.203	1.029	437	6.669

Hinweis: A 9 bis A 11 gebündelte Stellen.

Ruhestand gehen (aufgrund der Verweilzeiten auch ein Ergebnis des LVM).

Insgesamt befinden sich zurzeit 1.659 Kolleginnen und Kollegen der Laufbahnzweige Schutz- und Wasserschutzpolizei im mittleren Polizeivollzugsdienst.

> Fazit

Die **DPoIG Hamburg** sagt ja zur zweigeteilten Laufbahn, ja zur gerechten Bewertung und Be-

muss Geld in die Hand nehmen und die zweigeteilte Laufbahn konsequent über die Parteigrenzen hinweg umsetzen. Nur dann kann die zweigeteilte Laufbahn für alle Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzuges ein Erfolg werden. Hier kann die Polizei Nordrhein-Westfalen als beispielgebend betrachtet werden. In Hamburg ist angesichts der erneuten Kürzungen davon jedoch nicht auszugehen. Zur Erinnerung: Im Zuge der Schaffung des Laufbahnverlaufmodells hat die Innenbehörde auch die Einführung der zweigeteilten Laufbahn geprüft und durchgerechnet. Für die zweigeteilte Laufbahn und damit den Wegfall des mittleren Dienstes und die Anpassung der Stellenplanobergrenzen nach dem Bundesbesoldungsgesetz wurden Kosten von jährlich (!) 56 Millionen Euro für die Hamburger Polizei veranschlagt.

Der Landesvorstand



> Freddi Lohse

Medienecho: „Zauberei und Macht“

Der im „Polizeispiegel“ Juli/August und auch vorab veröffentlichte Kommentar „Zauberei und Macht“ unseres stellvertretenden Landesvorsitzenden Freddi Lohse hat innerhalb der lokalen Medien eine große Resonanz gefunden. Ausführlich und detailliert berichteten nahezu alle namhaften Hamburger Medien über die Kritik der **DPoIG Hamburg** an der Amtsführung von Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch und der Art und Weise des Zustandekommens von Entscheidungsprozessen innerhalb der Hamburger Polizei. Gleichfalls von allen Medien aufgegriffen wurde die von der **DPoIG** zur Diskussion gestellte Frage, ob wir – die Polizei – überhaupt noch einen Polizeipräsidenten brauchen.

Pressespiegel (Auszug) zum Kommentar „Zauberei und Macht“ von Freddi Lohse, stellv. Landesvorsitzender der DPoIG Hamburg

„So unbeliebt hat sich in so kurzer Zeit selten jemand gemacht. Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch ist erst sieben Monate im Amt – und schon bei der mächtigen **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** unten durch. Die **DPoIG** (jeder zweite der rund 10.000 Hamburger Polizisten ist hier Mitglied) empfiehlt Bürgermeister Olaf Scholz, das Amt des Polizeipräsidenten abzuschaffen. Kopitzsch trampelt ‚wie ein Elefant im Porzellanladen‘ durch die Polizei, schreibt **DPoIG**-Landesvize Freddi Lohse in der neuesten Ausgabe der Mitgliederzeitschrift ‚Polizeispiegel‘. Die Gewerkschaft wirft ihm parteipolitische Personalentscheidungen und selbstherrliche Strukturveränderungen vor. ‚Kopitzsch vertritt nicht die Interessen der Kollegen gegenüber dem Innensenator, sondern setzt nur das um, was ihm aus der Innenbehörde vorgegeben wird‘, sagt Lohse, der auch Personalratschef der Polizei ist.“

(Quelle: „Polizeigewerkschaft lästert über Hamburgs Polizeipräsidenten“, BILD-Kolumnist Christian Kersting, „BILD“, 16. Juli 2012)

„Der Hausseggen bei Hamburgs Polizei hängt mächtig schief. Der Landesverband der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)**, rund 5.500 der 10.000 Hamburger Polizisten sind Mitglied) greift den Polizeipräsidenten Wolfgang Kopitzsch (63) öffentlich an – und fordert sogar, dessen Job abzuschaffen! (...) Der Präsident wirke wie ein Elefant im Porzellanladen, schreibt Vize-Gewerkschafts-Chef Freddi Lohse (51) im **DPoIG**-Heft ‚Polizeispiegel‘. Kopitzsch (seit 1971 SPD-Mitglied) lasse die Interessen der Mitarbeiter außer Acht, verfolge ‚glasklare parteipolitische Interessen‘ und handele, ohne die Lage überhaupt beurteilen zu können. „Das Verhalten des Polizeipräsidenten ist alles andere als sozialdemokratisch“, sagte Lohse (früher SPD-Mitglied) der MOPO. ‚Grundsätzlich halten wir die Reformpläne des Senats für richtig, die Polizei von unten neu aufzubauen und mehr Beamte auf die Straße zu bringen. Bei der Umsetzung hapert es aber gewaltig.‘ Weil Kopitzsch die Pläne der Innenbehörde seiner Auffassung nach allzu willfährig umsetzt und die Interessen der Polizei nicht ausreichend berücksichtigt, kommt Lohse mit einer kühnen Forderung daher: Er will das Amt des Polizeipräsidenten abschaffen! Kopitzsch mache sich selbst



schlichtweg überflüssig. Man könnte eine ‚hübsche Summe‘ einsparen und die Glaubwürdigkeit von Politik erhöhen, schreibt Lohse.“

(Quelle: „Zoff um Polizeipräsidenten – Frontalangriff der mächtigen Gewerkschaft DPoIG: „Kopitzsch wirkt wie ein Elefant im Porzellanladen“, „Hamburger Morgenpost“, 17. Juli 2012)

„Es dürfte kein guter erster Arbeitstag für Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch nach seinem Urlaub gewesen sein. Denn im Polizeipräsidium in Alsterdorf sorgte ein vorab bekannt gewordener Artikel in der Zeitung der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** für Aufregung. Kopitzsch selbst war Hauptfigur des Textes – welcher den Führungsstil des Polizeipräsidenten scharf kritisiert. Die Vorwürfe machen deutlich: Zwischen der politischen Führung der Polizei und der Interessenvertretung ist es zu einem

massiven Bruch gekommen. Die **DPoIG**, die den Personalrat dominiert, würde Wolfgang Kopitzsch sogar am liebsten ‚feuern‘, wie es im Artikel heißt. Im Fokus der Kritik stehen vor allem die Personalentscheidungen im Zusammenhang mit der Umorganisation der Polizei. Das neueste Organigramm ist nicht nur fertig, es sind auch bereits entsprechende Personalentscheidungen umgesetzt worden. (...) Lohses sehr zugespitzter Vorschlag lautet nun: Die Position des Polizeipräsidenten gänzlich abschaffen.

In der Innenbehörde wollte man den Artikel am Montag nicht kommentieren. Nach Informationen der ‚Welt‘ ist Innensenator Neumann allerdings nicht immer glücklich mit dem Agieren von Kopitzsch.“

(Quelle: „Polizeipräsident macht sich im eigenen Haus unbeliebt“, André Zand-Vakili, „Die Welt“, 17. Juli 2012)



225 Jahre Wasserschutzpolizei Hamburg – Ausstellung eröffnet

Von Frank Riebow, Vorsitzender Fachbereich Wasserschutzpolizei



> Senator Michael Neumann, Carsten Fahrenkrug in der Uniform eines Hafenzapfenleiters und WSPL Frank-Martin Heise an Bord der „Rickmer Rickmers“ (von links).



> Mit diesen Schlauchbooten wurde während der Sturmflut 1962 nach Vermissten gesucht.

Anfang August eröffnete Innenminister Michael Neumann, in Anwesenheit von Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch, dem Leiter der Wasserschutzpolizei, LKD Frank-Martin Heise, und dem innenpolitischen Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, MdHB Arno Münster, eine Ausstellung auf der „Rickmer Rickmers“, die die Hamburger Wasserschutzpolizei in Vergangenheit und Gegenwart präsen-

tiert. Der Anlass der Ausstellung ist der 225. Geburtstag der Hamburger Wasserschutzpolizei, der damit wohl ältesten Hafenzapfenleiters Europas. Die Schau zeigt die geschichtliche Entwicklung unserer Wasserschutzpolizei im Kontext der Geschichte Hamburgs und des Hafenausbaus. Was einst als sogenannte 12-Mann-Hafenzapfenleiterspatrouille begann, entwickelte sich zur Wasserschutzpolizei

mit über 500 Kolleginnen und Kollegen und einem eigenständigen Laufbahnzweig innerhalb der Hamburger Polizei. Diverse Modelle von Dienstbooten, Schautafeln und weitere Einzelexponate vervollständigen die Präsentation und geben einen Überblick über das Aufgabenspektrum der WSP. Anlässlich der Ausstellungseröffnung wurde die Festschrift zum 225. WSP-Ge-

burtstag herausgebracht. Die informative Dokumentation skizziert detailliert den Weg der Wasserschutzpolizei, ein herzlicher Dank an die Autoren und an PÖA für die redaktionelle Bearbeitung. Ein besonderer Dank gilt gleichfalls Melanie Leonhard vom Vorstand des Museumsschiffs „Rickmer Rickmers“ für die wissenschaftliche Begleitung der Ausstellung. ■

„225 Jahre Wasserschutzpolizei“ Ausstellung auf der Rickmer Rickmers



> Freddi Lohse und Frank Riebow waren Gäste der Ausstellungseröffnung (von links).



> Uniformen „Gestern und Heute“: Olaf Heinbockel neben einem „Kollegen“ aus historischen Zeiten.



„SPIEGEL“-Affäre 1962 – Kollegen gesucht!

Anlässlich einer wissenschaftlichen Multimedia-Dokumentation werden Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Polizei gesucht, die während der sogenannten „Spiegel“-Affäre 1962 eingesetzt waren. Ganz konkret wird auch nach den beiden auf dem Foto abgebildeten Kollegen gesucht. Wer sich selbst oder andere Kollegen erkennt oder in diesem Zusammenhang dienstlich tätig war, wird ganz herzlich gebeten, sich mit Prof. Dr. Johannes Ludwig von der Hamburger Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) in Verbindung zu setzen.

Kontakt: mail@johannesludwig.de – Telefon 040.428757611



DPoIG-Forderung erfüllt: Studienanfänger an der HdP werden künftig wieder voll bezahlt

Anfang August hat der Hamburger Senat die Wiedereinführung der Bezahlung von Studienanfängern im gehobenen Dienst der Polizei beschlossen und der Bürgerschaft einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Hochschule der Polizei Hamburg übermittelt. Mit diesem

Beschluss hat der Senat die seit 2007 untragbare Situation beendet, Studentinnen und Studenten der Hochschule der Polizei (HdP) während ihres achtmonatigen Grundstudiums nicht zu alimentieren. Von der Neuregelung sollen bereits die 55 Studenten profitieren, die ihr HdP-Studium zum 1. Oktober dieses Jah-

res beginnen. Die DPoIG Hamburg hatte diese zutiefst unsoziale Sparmaßnahme vehement kritisiert und vor einem weiteren Attraktivitätsverlust des Polizeiberufes in Hamburg gewarnt. So kam es, wie es kommen musste, viele Bewerberinnen und Bewerber für den Direkteinstieg in den Laufbahn-

abschnitt II bewarben sich in anderen Bundesländern oder sagten kurz vor Studienbeginn ab. Die DPoIG Hamburg begrüßt diese Senatsentscheidung ausdrücklich und freut sich, dass eine unsägliche und der Polizei Hamburg schadende Entscheidung zurückgenommen wurde. ■

Ruhestand

Folgende Kollegen sind zum 31. August 2012 in den Ruhestand gegangen:

Landeskriminalamt

LKD	Reinhard Chedor	LKAL
EKHK	Ulrich Schröder	LKA 67

Verkehrsdirektion

POK	Peter Ahlers	VD 61
-----	--------------	-------

Verwaltung und Technik

POK	Udo Lüsich	VT 23
-----	------------	-------

Wasserschutzpolizei

PHK	Hans Joachim Heinrich	WSP 21
PHK	Edgar Kirchhoff	WSPK 2

Zentraldirektion

PHM	Volker Dittmann	PK 27
EPHK	Klaus Müßener	PK 17
EPHK	Hans-Jürgen Petersen	PK 46
PHK	Bodo Stange	PK 26
PHK	Manfred Weimer	PK 36

Zentrales Personalmanagement

KHK	Wolfgang Ketels	ZP 35
-----	-----------------	-------

Verstorben

16.5.2012	Spieckenbaum, Lise-Lore	POMin i. R.	84
14.6.2012	Döring, Walter	PHM i. R.	95
15.6.2012	Karmann, Günter	PHM i. R.	97
29.6.2012	Donner, Paul	PHM i. R.	77
1.7.2012	Brain, Jutta	Ang. i. R.	84
2.7.2012	Saß, Irmgard	Arbeiterin i. R.	82
4.7.2012	Matthäus, Arwed	PHM i. R.	76
7.7.2012	Tesmer, Ilse	AiA i. R.	82
13.7.2012	Hinrichsen, Oswald	Ang. i. R.	79
15.7.2012	Hilck, Werner	PHK i. R.	79
16.7.2012	Eggers, Erich	PHM i. R.	93
23.7.2012	Liebert, Hans	PK i. R.	87
25.7.2012	Heuer, Peter	PHK i. R.	74
26.7.2012	Telke, Ulrich	Schiffsführer i. R.	83
27.7.2012	Gastreich, Rolf	PHMmZ	59
27.7.2012	Berlet, Heinrich	PHM i. R.	66
28.7.2012	Meier, Hans-Joachim	KHK i. R.	86
31.7.2012	Albrecht, Wilhelm	PHK i. R.	87
1.8.2012	Bley, Wolfgang	KOK i. R.	68